

**ARBEITSGEMEINSCHAFT
DER FÜR DAS
BAU-, WOHNUNGS- UND SIEDLUNGSWESEN ZUSTÄNDIGEN MINISTER
DER LÄNDER**

Börger

Arbeitskreis Brandschutz der Fachkommission Bauaufsicht

Obmann: MR Mühler
Geschäftsführung: BOR Köpper

Telefon (0511) 120-4345
-4341
Telefax -4399

Mieders. Sozialministerium, Postfach 141,30001 Hannover

An die
Mitglieder der Fachkommission
Bauaufsicht

Hannover, den 10.11.1997

„Rauchmelder-Pflicht in allen Wohngebäuden“

Petition des Children's Health Support e.V., vertreten durch Herrn John L. Stifel, A.d. Gän-
seland 2, 37276 Meinhard, vom 10.02.1997 an den Petitionsausschuß des Deutschen Bundes-
tages

- Niederschrift über die 214. Sitzung der FK Bauaufsicht, TOP 8

Sehr geehrte Damen und Herren,

in der o.g. Petition wird verlangt, daß durch Gesetzgebung jeder Bewohner einer Wohnung
verpflichtet werden soll, Rauchmelder in Wohnräumen zu installieren.

Der Arbeitskreis Brandschutz hat die Angelegenheit erörtert und ist dabei zu folgendem Er-
gebnis gekommen:

Das Bauordnungsrecht dient der Gefahrenabwehr. Nach der Grundsatzanforderung des § 3
Abs. 1 der Musterbauordnung (MBO), deren Regelungen im wesentlichen in allen Bauord-
nungen der Länder enthalten sind, sind bauliche Anlagen so anzuordnen, zu errichten, zu än-
dern und instandzuhalten, daß die öffentliche Sicherheit oder Ordnung, insbesondere Leben,
Gesundheit oder die natürlichen Lebensgrundlagen nicht gefährdet werden. § 17 Abs. 1 MBO
konkretisiert diese Grundsatzanforderung, indem Schutzziel und Zweck des vorbeugenden
Brandschutzes benannt werden. Danach müssen bauliche Anlagen u.a. so beschaffen sein, daß
der Entstehung eines Brandes und der Ausbreitung von Feuer und Rauch vorgebeugt wird und

* bei einem Brand die Rettung von Menschen und Tieren sowie wirksame Löscharbeiten möglich sind.

Diese, den Umfang und das Schutzziel bestimmende Regelung wird in einer Vielzahl von Einzelvorschriften konkretisiert. In diesen Einzelvorschriften werden u.a. Anforderungen gestellt an:

die Erschließung des Grundstückes, auch für die Fahrzeuge der Feuerwehr und hinsichtlich einer Löschwasserversorgung,

die Zahl und Anordnung der Rettungswege im Gebäude,

die Brennbarkeit der Baustoffe und Feuerwiderstandsfähigkeit der Bauteile,

die Dichtheit und Feuerwiderstandsfähigkeit besonderer Feuerschutz- und Rauchschutztüren.

Der Erfüllung der Grundsatzanforderung des § 3 Abs. 1 MBO dienen vielfach auch Anlagen, wie Brandmeldeanlagen, Rauchabzugsanlagen und Sprinkleranlagen. Forderungen nach diesen Anlagen kommen in der Regel nur für bauliche Anlagen besonderer Art oder Nutzung, wie Verkaufsstätten, Versammlungsstätten oder Krankenhäuser in Betracht. Hier gibt es außergewöhnliche Gefahrenpotentiale, denen nur durch besondere Sicherheitskonzeptionen Rechnung getragen werden kann.

Soweit im Rahmen dieser Sicherheitskonzeptionen auch Brandmeldeanlagen oder sonstige der genannten Anlagen erforderlich sind, muß deren ständige Funktionsfähigkeit sichergestellt sein. Dies geschieht durch anerkannte Sachverständige, die in regelmäßigen Abständen diese Anlagen überprüfen.

Darüber hinaus können der Erfüllung bauordnungsrechtlicher Anforderungen nur Brandmeldeanlagen dienen, die unmittelbar die Feuerwehr alarmieren.

V Gesetzliche Forderungen nach Brandmeldeanlagen für Wohnungen wären hiernach völlig überzogen und mit dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit unvereinbar.

Rauchmelder, die über Batterien betrieben werden und die Bewohner einer Wohnung im Brandfall alarmieren, erhöhen jedoch, wie der sachgerechte Umgang mit offenem Feuer oder mit elektrischen Geräten, die Sicherheit in den Wohnungen. Deswegen wäre es durchaus zu begrüßen, wenn Wohnungsinhaber im Rahmen ihrer Eigenverantwortung solche Rauchmelder installieren lassen würden. Es wäre ferner zu begrüßen, wenn in größerem Umfang als bisher hierauf aufmerksam gemacht würde.

Mit freundlichen Grüßen

